

Zeitschrift: St. Galler Jahresmappe
Band: 42 (1939)

Artikel: Die Schweiz im Jahre 1938
Autor: Flükiger, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-948258>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz im Jahre 1938

Von E. Flükiger

Noch nie seit dem Beginne des Weltkrieges ist das Schweizervolk durch Ereignisse der internationalen Politik stärker erschüttert worden als im verflossenen Jahre. Der Grund dieser starken Erregung liegt vor allem darin, daß der erste der welthistorischen Vorgänge, welche die Karte Europas weitgehend verändert haben, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft sich abgespielt hat. Am 13. März hat der selbständige Bundesstaat Österreich zu existieren aufgehört, nachdem die Regierung Schuschnigg an der Durchführung eines Plebiszits verhindert worden war und kampflos kapituliert hatte. Deutsche Truppen besetzten das Land, und dem freilich schon von früheren Regierungen begünstigten Anschluß folgte die völlige Gleichschaltung der Republik Österreich auf dem Fuße.

Es ist klar, daß diese territoriale Vergrößerung des Dritten Reiches und die dadurch bedingte erhebliche Verlängerung der deutschen Grenzen die politische und wirtschaftliche Lage der Schweiz stark beeinflussten. Dazu kamen die lebhafteste innere Teilnahme am Zusammenbruch eines befreundeten Nachbarstaates und eine naturgemäß im östlichen Landesteil besonders intensiv empfundene Sorge um die Zukunft des eigenen Staatswesens. Die gefühlsmäßige Reaktion des Schweizervolkes auf die österreichische Katastrophe war aber trotzdem im allgemeinen eine erfreuliche, weil sie den nationalen Abwehrwillen und Zusammenschluß in hohem Grade stärkte. Diese Tatsache offenbarte sich in überwältigender Weise beim Zusammentritt der Bundesversammlung, am 21. März, als Bundespräsident Baumann eine feste und würdige Erklärung des Bundesrates verlas. Ihr folgte eine nicht minder eindrucksvolle gemeinsame Kundgebung der Fraktionen, die im Nationalrat durch den Freisinnigen Vallotton in französischer, durch den Sozialdemokraten Grimm in deutscher und durch den Konservativen Dollfus in italienischer Sprache bekannt gegeben wurde. Wer diese erhebenden Momente am Radio miterlebt hat, wird sie nie mehr vergessen; vor allem sei der kraftvolle Satz, der die Erklärung der Fraktion einleitete, auch an dieser Stelle festgehalten:

„Alle Gruppen der Bundesversammlung billigen die Erklärung des Bundesrates und erklären feierlich, daß das gesamte Schweizervolk, ohne Unterschied der Sprache, der Konfession oder der Partei, entschlossen ist, die Unverletzlichkeit seines Vaterlandes bis zum letzten Blutstropfen gegen jeden Angreifer, wer er auch sei, zu verteidigen.“

Die in ernster Stunde erlassenen Kundgebungen der Landesregierung und des Parlamentes verfehlten ihren Zweck nicht. Sie erfüllten das Volk mit jenem Geiste vaterländischer Entschlossenheit, die an die besten Zeiten unserer Geschichte erinnerte. Im Auslande wurden sie mit Respekt und Anerkennung registriert. Eine Welle patriotischer Begeisterung ging durchs ganze Schweizervolk, und der Ruf nach verstärkter militärischer und geistiger Landesverteidigung fand überall ein freudiges Echo. Man darf wohl sagen, daß diese Bestrebungen, die sich auch mannigfach durch die Tat auswirkten, der Politik des Jahres 1938 den Stempel aufgedrückt haben. Diese Stimmung hielt auch an, nachdem es, vor allem dank den anerkennenswerten Bemühungen von Bundesrat Motta, der Schweiz gelungen war, die integrale Neutralität im Rahmen des Völkerbundes zurückzugewinnen und hierfür auch die ausdrückliche Anerkennung von Seite Deutschlands und Italiens zu erhalten. So wertvoll diese Zusicherungen sind, entbinden sie uns doch nicht von der gebieterischen Pflicht, für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Die ganz gewaltigen neuen Opfer für den Ausbau des Wehrwesens, die in diesem Umfange niemals vor auszusehen waren, wurden denn auch allseitig als absolut notwendig betrachtet; ja man drängte sogar, wie die Flugzeug-Initiative Duttweilers beweist, den Bundesrat zu einer noch intensiveren Aufrüstung.

So waren denn Armee und Volk zu einer allfälligen General-Mobilisation durchaus bereit, als die tschechoslowakische Krise, das zweite große Ereignis der internationalen Politik, im September ihren Höhepunkt erreichte, und nach der Auffassung vieler Leute in einen europäischen Krieg auszumünden drohte. Das Hangen

und Bangen endigte durch die Münchner Vierer-Konferenz zugunsten des Friedens, der aber nur mit der deprimierenden Kapitulation und Zerstückelung der Tschechoslowakei erkaufte werden konnte. Das Schicksal dieses von den demokratischen Mächten geopfert Landes, dem sich unser herzliches Mitgefühl zuwandte, war eine neue ernste Lehre für die Schweiz. Bei aller Verschiedenheit der Voraussetzungen mußte sich die Erkenntnis aufdrängen, daß die kleinen Staaten sich letzten Endes auf sich selbst, nicht auf die Hilfe anderer verlassen können und deshalb dafür sorgen müssen, daß sie ein Maximum an innerer Geschlossenheit aufbringen. Dies hat zur Folge, daß die Demokratie vor allem gegen ihre inneren Feinde nicht mehr länger Nachsicht üben kann, sondern entschlossen zum Angriff übergehen muß. Es ist wohl kein Zufall, daß die nationalsozialistischen Gruppen nach dem deutschen Erfolg in der Tschechoslowakei auch bei uns eine wesentlich stärkere Agitation zu entfalten begannen; aber ebenso natürlich ist es, daß diesem Treiben mit starker Hand entgegengetreten werden mußte. Nach dem initiativen Vorgehen der St. Galler Regierung entschlossen sich, angefeuert durch zahlreiche Stimmen der öffentlichen Meinung, schließlich auch die Bundesbehörden zu durchgreifenden polizeilichen Maßnahmen, die nicht ohne Erfolg blieben. Die übelsten Hetzblätter, die sich mit ironisch klingenden

Titeln, wie „Schweizervolk“ und „Schweizerdegen“ schmücken, sind verboten worden, und aus der Untersuchung gegen die in Haft gesetzten Hauptagitatoren dürfte sich interessantes Material über die Hintergründe und die Absichten dieser staatsfeindlichen Kreise ergeben. Mit der bisherigen provisorischen Aktion gegen diese antidemokratischen Umtriebe darf es aber nicht sein Bewenden haben; denn mit elementarer Wucht bricht überall die Forderung eines gesetzlichen Verbotes aller staatsgefährlichen Organisationen durch, wobei auch die Kommunisten, die ja bereits in einigen Kantonen verboten sind, unter das eidgenössische Rad kommen werden. Nur so kann sich unsere Demokratie rechtzeitig gegen die Unterhöhlung ihrer Existenz schützen.

Die schweizerische Demokratie hat sich in verschiedenen Volksabstimmungen dieses Jahres bewährt. Das gilt vor allem für die Anerkennung des Rätoromanischen als weitere Landessprache, die am 20. Februar von einer erdrückenden Mehrheit des Volkes und allen Ständen beschlossen wurde. Der gutschweizerische Grundsatz der Gleichberechtigung der Minderheiten und des Respektes vor der kulturellen Eigenart aller Volksstämme ist dadurch glänzend bestätigt worden. Besonders erfreulich waren die geradezu phänomenalen Resultate der Kantone Graubünden und Tessin, die für gewisse irredentistische Einmischungsversuche die verdiente Antwort bedeuteten.



Edler Schmuck

aus Gold und Silber

R. BOLLI
Goldschmied
 MULTERGASSE 20

vormalis KELLER-AMBÜHL

Am gleichen Tage wurde die kommunistische Dringlichkeits-Initiative mit gewaltigem Mehr verworfen. Die dritte Frage jenes Urnenganges betraf die Initiative über die Kontrolle der Rüstungsindustrie, die von den Initianten selbst zugunsten des Gegenvorschlages der Bundesversammlung preisgegeben worden war und nur noch ein geringes Kontingent von Stimmen vereinigte. Dagegen fand der Gegenentwurf eine starke Mehrheit, so daß auch dieses Problem befriedigend gelöst werden konnte. Ein harter Kampf entspann sich um das Schweizerische Strafgesetzbuch, gegen das ultraföderalistische Kreise das Referendum ergriffen hatten. Trotz einer leidenschaftlichen Opposition in der Westschweiz, und trotz der ablehnenden Einstellung des Gros der Katholik-Konservativen gelang es erfreulicherweise, am 3. Juli eine, wenn auch bescheidene Mehrheit für das große Werk der Vereinheitlichung des Strafrechtes zu gewinnen. Wertvoll war dabei die Feststellung, daß in den welschen Kantonen und im Tessin nahezu ein Drittel der Stimmen für die Vorlage sich aussprach; der angeblich geschlossene Widerstand der romanischen Schweiz erwies sich somit als eine Legende. Durch den bejahenden Volksentscheid hat ein seit Jahrzehnten in der Bundesverfassung verankerter Gedanke, für den hervorragende Juristen aller Parteien und Landesteile unermüdlich gearbeitet haben, endlich seine gesetzliche Ausführung gefunden.

Ein eigenartiges Schicksal war dem wichtigen Finanzproblem beschieden. Nachdem es seit 1933 durch drei auf dem Dringlichkeitswege beschlossene Finanzprogramme geregelt worden war, sicher nicht zum Schaden des Landes, mußte man aus staatspolitischen und psychologischen Gründen auf die Fortsetzung dieser Methode verzichten. Auch die freisinnig-demokratische Partei hatte sich entschieden gegen die Weiterführung des Dringlichkeitsregimes ausgesprochen, weil ein Appell an das Volk und eine verfassungsmäßige Untermauerung der eidgenössischen Finanzpolitik zur unabweisbaren Notwendigkeit geworden waren. Der Bundesrat wollte die Bundesfinanzreform etappenweise lösen und legte im März den Räten einen Entwurf vor, der zwar vom Ständerat mehrheitlich angenommen, am 24. Juni jedoch vom Nationalrat, bei vielen Absenzen, mit 62 gegen 61 Stimmen verworfen wurde.

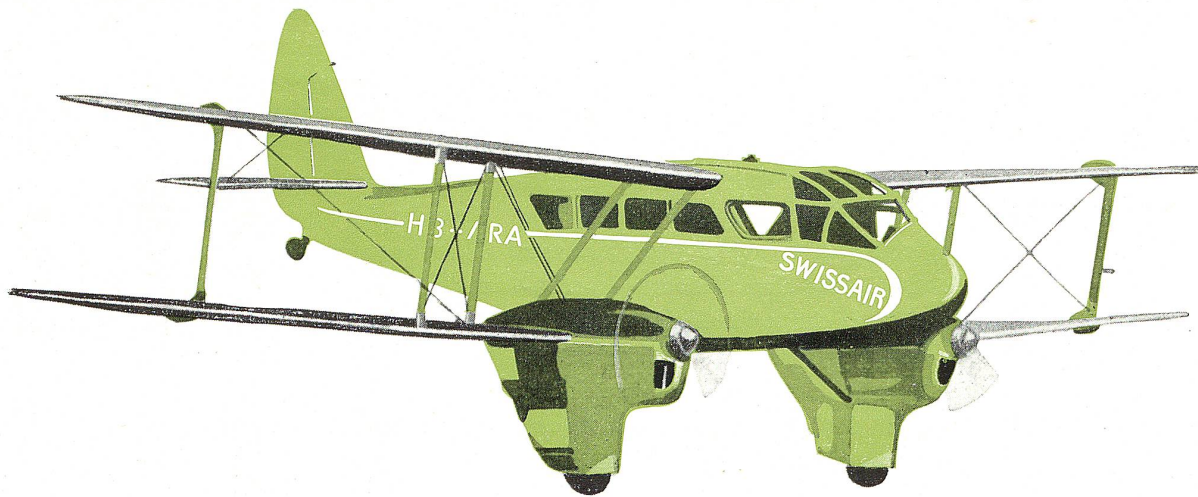
Dieses Versagen des Parlamentes schuf eine schwierige Situation, aus welcher der Bundesrat zuerst durch den Vorschlag eines neuen Dringlichkeitsbeschlusses herauszukommen suchte. Diese Idee war undurchführbar, und so ergriff die Geschäftsleitung der schweizerischen freisinnig-demokratischen Partei die Initiative, um eine Verständigung über eine provisorische verfassungsmäßige Regelung des Finanzproblems herbeizuführen. Am 16. Juli wurden in einer gemeinsamen Sitzung der Partei-

leitung und der radikalen Gruppe die Grundlagen eines solchen Entwurfes geschaffen, und nach mühevollen Verhandlungen, bei denen der Luzerner Freisinnige, Nationalrat Dr. L. F. Meyer, sich besonders verdient gemacht hat, gelang es schließlich, eine Einigung mit den meisten anderen Fraktionen zu erzielen. Bundesrat und Bundesversammlung schlossen sich diesen Vorschlägen an und genehmigten den Bundesbeschluß betreffend die Übergangsordnung des Finanzhaushaltes, die am 27. November von einer sehr starken Volksmehrheit und gegen eine einzige Standesstimme (Genf) angenommen wurde.

Bereits erfolgte auch die Stellungnahme verschiedener Parteien zu zwei Vorlagen, die zu Beginn des nächsten Jahres zur Abstimmung gelangen werden. Die in Olten abgehaltene Delegierten-Versammlung der schweizerischen freisinnig-demokratischen Partei sprach sich mehrheitlich gegen die Initiative über die Verfassungsgerichtsbarkeit aus; ferner lehnte sie einmütig die Dringlichkeits-Initiative der Richtlinienbewegung ab, unter Zustimmung zum Gegenentwurf der Bundesversammlung. Ähnliche Parolen sind auch von anderen bürgerlichen Parteien ausgegeben worden.

Unterdessen rückt auch der Großkampf um die neuen Wirtschaftsartikel näher, nachdem deren parlamentarische Beratung im Berichtsjahr entscheidende Fortschritte gemacht hat. Eine Hauptaufgabe der verantwortlichen Behörden ist die Sorge um die Arbeitsbeschaffung, die neben der militärischen, finanziellen und geistigen Selbstbehauptung wohl das wichtigste Zeitproblem darstellt und nicht zuletzt auch vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus gewürdigt werden muß. Bereits sind bedeutende Summen für diesen Zweck von den Räten beschlossen worden. Zur Beratung steht aber noch die eigentliche große Arbeitsbeschaffungsvorlage, deren Finanzierung noch sehr umstritten ist. Vorgesehen ist eine abgestufte Ausgleichsteuer, die den Umsatz der Einheitspreisgeschäfte, der Waren- und Kaufhäuser, der Unternehmungen mit fahrenden Läden, der Filialunternehmungen, der Selbsthilfegenossenschaften und anderer Details-Handelsunternehmungen belasten soll. Diese Steuerquelle ist von Bundesrat Obrecht zugleich als Schutzmaßnahme für den Mittelstand gedacht, der übrigens durch große Versammlungen in verschiedenen Schweizerstädten für seine Postulate demonstriert hat.

Die immer noch viel zu hohe Zahl der Arbeitslosen machte es den Behörden zur Pflicht, gegenüber den jüdischen Flüchtlingen, die in Massen über die deutsche Grenze getrieben wurden, trotz allem menschlichem Mitgefühl mit diesen Unglücklichen, vorsichtige Zurückhaltung zu üben und den Emigranten nur vorübergehenden Aufenthalt zu gewähren.



Stillstand ist Rückschritt . . .

Daher mit der Zeit gehen und

fliegen!

Regelmäßiger Luftverkehr für Passagiere, Post und Luftfracht. Anschlüsse an das schweizerische und internationale Flugnetz. Direkte Flugverbindung mit München und Zürich. Auto-Zubringerdienst im Flugpreis inbegriffen.

Säntisflüge, die Spezialität. — Ein Voralpenflug von unvergleichlicher Schönheit — für wenig Geld.

Rundflüge bieten Ihnen landschaftlich **mehr** als irgendwo im In- oder Ausland. Schulen und Vereine Spezialpreise.

Alpenflüge, das große Erlebnis.

Fliegeraufnahmen für Postkarten, Briefköpfe, Reklame.

Aero-Garage, Pflege und Unterhalt von Privat-Flugzeugen.

Fliegerschule für Motor- und Segelflug der Sektion Säntis Ae. C.S. Eintritt jederzeit. Erfahrene Fluglehrer.

Modernes Flugmaterial. **Fliegen lernen - nicht mehr teuer!**

Auskunft, Anmeldung, Flugscheinverkauf für sämtliche Fluglinien:

Flugplatz St.Gallen-Altenrhein
Telephon Altenrhein 21.41



AERO *St. Gallen*
TEL. ALTENRHEIN 2141



Zweifarbenclich  mit Mehrfarbenwirkung
eine Spezialit t unserer Firma:

A. Wetter & Co. Clich anstalt Milchbuckstra e 15 Z rich 6

